

Aktienanleger im Wahlkampf unbeachtet

Der langweilige Wahlkampf plätschert entlang eines Geländers aus Belanglosigkeiten dahin.

Während der überforderte Herausforderer Martin Schulz vergeblich versucht, harmonische Opposition zu der Regierung aus seiner SPD und der CDU zu spielen, perlen alle Themen, sofern sie diese nicht bereits zu den ihrigen gemacht hat (Atomausstieg, Eurorettung, Grenzöffnung, Frauenquote, Ehe für alle, Rente mit 63, Mietpreisbremse etc.), an der Bundeskanzlerin Merkel, die offenbar mit Teflon beschichtet ist, ab. Garniert wird der Wahlkampfzirkus durch Einsprünge des vormaligen und inzwischen nach oben gerutschten SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel, der mitunter den Eindruck erweckt, als sei er der Spitzenkandidat der Sozialdemokraten. Es bleibt ein unüberbrückbares Hindernis für die SPD, Regierung und Opposition in einem zu sein. Selbst die CSU, die auf diesem Gebiet viel mehr Erfahrung hat, musste zuletzt angesichts der Unnahbarkeit von Frau Merkel beidrehen und kocht nun das Flüchtlingsthema auf niedrigerer Flamme. Fraglich bleibt, ob es Horst Seehofer gelingen kann, mit dem „Baron“ zu Guttenberg, vormals Dr. zu Guttenberg, Sympathie zu erheischen. Immerhin darf er hoffen, dass die Erinnerung der Wähler

an den seinerzeitigen Skandal mittlerweile verfliegen ist.

Keine Rolle im Wahlkampf spielt das Thema Kapital- und Aktienanlage. Hier verlassen sich die Politiker auf ihr Gespür, demzufolge sich das Volk der Deutschen für Kapitalmarktthemen nicht weiter interessiert. Damit mögen sie



Recht haben, und wenn man bedenkt, dass im Bundestag keine einzige Partei als kundig auf diesem Gebiet gelten kann, ist es auch nicht weiter verwunderlich. Bestenfalls hört man vom Bundesfinanzminister ein stetiges Bejammern der niedrigen Zinsen für die gebeutelten und zugleich stoischen deutschen Zinssparer.

Allerdings handelt es sich bei dieser Larmoyanz um Krokodilsträngen, denn der deutsche Bundesfinanzminister ist der größte Profiteur der europäischen Nullzinspolitik. Insofern wäre es durchaus angemessen, Mario Draghi etwas mehr Respekt für seine Bemühungen zu zollen, die Eurozone in besseres ökonomisches Fahrwasser zu geleiten. Denn der deutsche Staat ist der Hauptprofiteur der Niedrigzinsen und die deutsche Wirtschaft reüssiert seit Einführung des Euro sondermaßen, vor allem gegenüber den Wettbewerbern aus den früheren Abwertungsländern Italien, Frankreich, Griechenland, Spanien und Portugal. Die Bürger Deutschlands hätten ebenfalls Gewinner dieser Politik sein können, wenn sie sich nicht standhaft geweigert hätten, ihre antiquierten Anlagegewohnheiten den neuen Verhältnissen anzupassen. Wer aber nicht mit der Zeit geht, darf sich später nicht wundern, zurück geblieben zu sein.

Schlimm an der Sache ist aber, dass wir in einem elitären System leben, in dem von den Eliten erwartet werden darf, dass sie dem Volk mit Rat und Tat vorangehen. So geschieht es ja täglich auf

dem Gebiet der Energieversorgung, der Schulpolitik, der Flüchtlings- und vor allem der Sozialpolitik. Daher muss die Frage gestellt werden, wie es zu dem teuren Versagen der deutschen Politik auf dem Gebiet der Kapitalanlage hat kommen können. Mittlerweile dürfte es ja den meisten Menschen dämmern, dass die Rente zu einer Grundsicherung verkommt. Wer genau zuhört, der kann am Geschwätz über das Renteneintrittsalter 70 gut ablesen, wohin der Karren seit Jahren rollt. Gleichwohl gibt es in Deutschland keine einzige politi-

sche Partei, die eine starke kapitalgedeckte Säule des Rentensystems einfordert. Im Wahlkampf, der sich an relativ belanglosen Themen abarbeitet, findet sich keine Stimme, die für ein Umsteuern auf diesem Gebiet eintritt. Schlimmer noch, Aktien- und Aktienfondsanleger bereiten sich bereits auf höhere Steuern zum 1. Januar 2018 vor. Sie sind das bereits seit vielen Jahren gewohnt. Und die Aktienfondsbranche wird zum Jahresanfang mit dem zusätzlichen Bürokratiemonster Mifid II belastet; alles Zeichen selbstgefälliger guter Zei-

ten. Hoffen kann man nur auf die FDP, die möglicherweise geläutert in einer künftigen Regierung die mundtote Stimme der Eigenkapitalanleger zum Wohle Deutschlands erklingen lässt.

Aus Chicago

Ihr



Dr. Christoph Bruns